



Eine Mitarbeiterin des Stasi-Museums steht in Berlin im Stasi-Archiv zwischen Regalen mit bisher nicht erfassten Unterlagen.

FOTO: STEPHANIE PILUCK/DPA

Stasi-Akten kommen ins Bundesarchiv

Für die geretteten Dokumente ist künftig nicht mehr die Bundesbehörde von Roland Jahn zuständig. Wie geht es weiter mit der Aufarbeitung?

Von Jutta Schütz

Berlin. Das ist jetzt 31 Jahre her: Am 15. Januar 1990 verschafften sich aufgetragene DDR-Bürger Zutritt zur abgeschotteten Stasi-Zentrale in Ost-Berlin. Wenige Wochen nach dem Mauerfall stoppen sie die weitere Vernichtung von Stasi-Akten. In den DDR-Bezirken hatten mutige DDR-Bürgerrechtler schon zuvor diese Hinterlassenschaften gesichert. Millionen Blätter, Tausende Fotos und Tonträger werden die Basis für den Aufbau der Stasi-Unterlagen-Behörde.

Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2020 zum 30. Jahrestag des Sturms auf das einstige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) das historische Gelände besucht, würdigt er die Öffnung der Akten als zutiefst demokratischen Akt. Die Stasi-Unterlagen-Behörde sei weit und breit einzigartig und werde zu Recht respektiert und auch bewundert, hebt das Staatsoberhaupt hervor.

Dieses Jahr wird die Bundesbehörde nun aufgelöst. Die Akten kommen ins Bundesarchiv, die etwa 1300 Mitarbeiter werden übernommen. Das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wird abgeschafft, Amtsinhaber Roland Jahn scheidet im Juni aus. Wiederholt hatte der frühere DDR-Opportunist stolz auf den einmaligen Charakter der Sonderbehörde mit rechtsstaatlicher Nutzung der Dokumente aus einem Unrechtsstaat verwiesen. Das Ende seiner Einrichtung sieht der 67-Jährige aber gelassen. „Die Akten bleiben offen, Auskünfte werden weiter erteilt“, zeigt er sich überzeugt.

Die Überführung der Akten, die an ihren ostdeutschen Standorten bleiben, sei ein Gewinn, sagt Jahn. „Damit wird dauerhaft ein Teil des nationalen Gedächtnisses gesichert.“ Und es werde das Versprechen eingelöst, die Errungenschaft der friedlichen Revolution auch für



Die Akten bleiben offen, Auskünfte werden weiter erteilt.

Roland Jahn,
Bundesbeauftragter für
die Stasi-Unterlagen

nächste Generationen sichtbar und nutzbar zu halten, so Jahn.

Ein Argument für die gravierenden Veränderungen war: Technik, Ressourcen und Kompetenzen sollen gebündelt werden. Viele der Papiere sind in einem schlechten Zustand, Unterlagen sollen digitalisiert werden. Der Sanierungsstau in den ostdeutschen Archiv-Standorten ist riesig. Das Konzept für die

Überführung der Stasi-Akten hat Jahn zusammen mit dem Chef des Bundesarchivs, Michael Hollmann, erarbeitet. Im November wurde es vom Bundestag beschlossen.

Doch es gibt auch kritische Stimmen, die eine Abwicklung von Geschichte betreiben. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk sprach in der „Berliner Zeitung“ von einem Schiefen der Behörde. Damit werde den Gegnern der Kompromisslosen Aufarbeitung eine Freude gemacht. In der Jahn-Behörde hätten Forschung und politische Bildung schon seit Jahren an Stellenwert verloren, so Kowalczuk. Ein Konzept, was aus der Forschung werden soll, gebe es nicht, so der langjährige Behörden-Mitarbeiter, der laut Jahn-Behörde seit April 2018 in einem längeren Forschungsurlaub ist.

Letztlich geht nun eine Ära zu Ende. Am 29. Dezember 1991 trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz in Kraft, erster Bundesbeauftragter für die MfS-Überlieferungen wurde der ostdeutsche Priester und spätere Bundespräsident Joachim Gauck. Auf ihn folgten im Oktober 2000 die DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler und Jahn im März 2011. Alle wurden vom Bundestag mit breiter Mehrheit gewählt.

Seit Januar 1992 können Menschen in Unterlagen schauen, die die Stasi ohne ihr Wissen geführt hat. Als erste lasen DDR-Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley in der neuen Behörde in solchen Papieren und erfuhren, wie brutal die Stasi in ihr Leben eingegriffen hatte. Im ersten Jahr der Akteninsicht wurden in Ostdeutschland mehr als 520.000

Anträge auf persönliche Akteneinsicht gestellt. Bis Mitte der 90er Jahre wuchs die Zahl der Behördenmitarbeiter in Berlin und den Außenstellen auf knapp 3200.

Längst werden nicht mehr so viele solcher Anträge gestellt. Im Vorjahr waren es dennoch mehr als 35000. Im 30. Jahr des Mauerfalls 2019 lag die Zahl noch bei rund 56500. Seit 1992 wurde bei der Behörde insgesamt knapp 3,4 Millionen Mal beantragt, einen persönlichen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Laut Jahn steigt nun die Zahl derer, die mehr über das Leben gestorbener Angehöriger wissen wollen – das sei eine neue Qualität. Hinzu kamen insgesamt 3,4 Millionen Ersuchen öffentlicher Stellen etwa für Überprüfungen im öffentlichen Dienst sowie Anträge von Forschern und Medien.

Zur Stasi-Hinterlassenschaft gehören mehr als 111 Kilometer Schriftgut. Zudem lagern in mehr als 15 000 Säcken zerrissene und noch nicht erschlossene Papiere. Die in großem Stil geplante, virtuelle Rekonstruktion kam bislang nicht zustande. 2019 rekonstruierten laut Jahn Mitarbeiter per Hand den Inhalt von sieben Säcken. Ob und wie das Rekonstruktions-Projekt weitergeht, ist unklar. Das bleibe aber ein gesetzlicher Auftrag, sagt Jahn.

Bis heute leiden Betroffene unter den Folgen von Repressionen in der DDR, mancher fühlt sich am Rande der Gesellschaft. Nun soll ein Beauftragter für die Belange von Opfern direkt vom Bundestag gewählt werden – mehr als 30 Jahre nach der Einheit. Wer das sein wird, ist noch offen.